

Hiermit erstatte ich Strafanzeige

gegen **die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,**

wegen des Verdachts der gemeinsamen-gewerbsmäßigen Amtsanmaßung und des Verdachts der vorsätzlichen und fortwährenden Täuschung im Rechtsverkehr, sowie aus allen rechtlichen Gründen.

Hiermit erstatte ich Strafanzeige

gegen **Herrn Lückemann**, der sich „Oberstaatsanwalt“ nennt aber nicht in der Lage ist sich als Amtsträger auszuweisen und

gegen **Frau Komning**, die sich „Staatsanwältin“ nennt aber nicht in der Lage ist sich als Amtsträgerin auszuweisen

wegen des Verdachts der Amtsanmaßung und des Verdachts der Täuschung im Rechtsverkehr sowie aus allen rechtlichen Gründen.

Begründung:

Ich hatte Strafanzeige gegen Frau Dr. Syrbe u.a. wegen des **Verdachts der Amtsanmaßung** erstattet. Frau Dr. Jaeger, die sich Staatsanwältin nennt, sich aber nicht als solche ausgewiesen hat, teilt mir mit Schreiben vom 27.3.2013 mit, dass sie „nach Durchführung der gebotenen Ermittlungen ... von weiterer Strafverfolgung abgesehen hat.“

Da ich keine Ermittlungsergebnisse erhalten habe, muss ich davon ausgehen, dass die Beschuldigten im Auftrag eines Staates handelten und somit hoheitliche Aufgaben erfüllten. Leider weiß ich noch immer nicht für welchen Staat die Beschuldigten tätig sind und für welchen Staat die angebliche Staatsanwältin tätig ist. Es besteht der Verdacht, dass beide Parteien der gleichen Vereinigung angehören und die Beschuldigten von Frau Jaeger gedeckt werden.

Unter dem Briefkopf „Der Generalstaatsanwalt“ teilt mir Herr Lückemann, angeblich Oberstaatsanwalt, am 8.4.2013 „**Im Auftrag**“ einer nicht genannten Person mit, er habe „die Eingabe dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Neubrandenburg zuständigkeitshalber übersandt. Sollte dieser der Beschwerde nicht nachkommen, wird er mir die Vorgänge zur Entscheidung vorlegen.“

Laut Internet ist Herr Dirk Schneider-Brinkert Leitender Oberstaatsanwalt in Neubrandenburg. Offensichtlich wollte er der Beschwerde nicht abhelfen und hat sie zurück geschickt. Nun hat aber nicht Herr Lückemann entschieden, sondern eine Frau Komning, angeblich Staatsanwältin, verfasst am 25.4.2013 unter dem Briefkopf „Der Generalstaatsanwalt“ ein Schreiben, sie „habe den Sachverhalt geprüft, jedoch keinen Grund gefunden, dem Verfahren Fortgang zu geben. Der angefochtene Bescheid entspricht der Sach- und Rechtslage.“

Sie unterschreibt „**Im Auftrag**“ eines nicht genannten Auftraggebers mit einem unleserlichen Kringel.

Kurze Zusammenfassung der Sach- und Rechtslage:

Entweder es gibt tatsächlich einen Staat und die Staatsanwälte und die angezeigten BehördenleiterInnen erfüllen hoheitliche Aufgaben, dann dürfte es ihnen nicht schwer fallen, den Staat zu benennen und mit den entsprechenden Urkunden oder einer, vom Volk genehmigten, Verfassung zu belegen. Die von ihnen angeführten Gesetzestexte lassen vermuten, dass sie die Gesetze der Bundesrepublik von Deutschland anwenden.

Laut Mitgliederverzeichnis der Vereinten Nationen gibt es die Bundesrepublik von Deutschland seit 1990 nicht mehr.

Nach Auskunft der größten Wirtschaftsdatenbank der Welt D&B ist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine Firma. Sie hat ihren Sitz in der Adenauer Allee 141 in Bonn.

The screenshot shows the D&B logo with the tagline 'Decide with Confidence'. The navigation menu includes 'Home', 'Solutions', 'Credit Reports', and 'Business Resources'. The search results are for 'Regierung der Bundesrepublik Deutschland' at 'Single Location > Adenauerallee 141, Bonn'. There are links for 'Back to search results' and 'Start a new search'.

„Deutschland“ kann als Staat nicht existent sein, da „Deutschland“ das Land aller Deutschen ist. Der Artikel 116 des Grundgesetzes bestimmt den tatsächlichen Grenzverlauf Deutschlands.

*(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem **Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937** Aufnahme gefunden hat.*



Das ist Deutschland.

Bei den Vereinten Nationen wurden die BRD und die DDR 1990 abgemeldet und Germany (Deutschland) wurde angemeldet.

The screenshot shows a web browser address bar with the URL 'www.unric.org/de/pressemitteilungen/4116'. Below the address bar is a table of member states.

Demokratische Volksrepublik Laos	14. Dezember 1955
Deutschland	18. September 1973
– Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland wurden am 18. September 1973 Mitglieder der Vereinten Nationen. Durch den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 haben sich die beiden deutschen Staaten vereinigt und bilden einen souveränen Staat.	
Dominica	18. Dezember 1978

Der vereinigte Staat ist angeblich souverän und heißt **Deutschland**.

Dieses Deutschland kann es völkerrechtlich nicht geben, da die Ostgebiete ein Teil Deutschlands sind und von einer Regierung Deutschlands verwaltet werden müssten.



Das ganze Deutschland als Wahlplakate.

Laut Einigungsvertrag von 1990 existiert, neben der Bundesregierung, eine Regierung des vereinten Deutschland. Wie das möglich sein soll geht aus den Ermittlungen nicht hervor.

Diese Sachlage könnte der Grund sein, warum fast alle „behördlichen“ Schreiben „**Im Auftrag**“ eines unbekanntem Auftraggebers oder von einer Maschine verfasst wurden.

Das Kürzel „i.A.“.

Das BGH urteilte: **die Unterzeichnung mit dem Zusatz „i.A.“ (im Auftrag, w.m.) gibt, im Gegensatz zur Unterzeichnung „i.V.“ (in Vertretung, w.m.) zu erkennen, dass der Unterzeichnende für den Inhalt der Rechtsmittelschrift keine Verantwortung übernimmt.**

(BGH, Urteil vom 19. Juni 2007 - VI ZB 81/05 - BGH, Urteil vom 31. März 2002 - II ZR 192/02 - BGH, Urteil vom 5. November 1987 - V ZR 139/87)

„Die rechtlich zwingenden Grundlagen für die eigenhändige Unterschrift finden sich in den §§ 126 BGB, 315 ZPO, 275 StPO, 117 I VwGO und 37 III VwVfG.

Zur Schriftform gehört grundsätzlich die eigenhändige Unterschrift (vgl. z.B. Urteil vom 6. Dezember 1988 BVerwG 9 C 40.87; BVerwGE 81, 32 Beschluss vom 27. Januar 2003; BVerwG 1 B 92.02 NJW 2003, 1544). Zwar hat der Gemeinsame Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes entschieden, dass bei Übermittlung bestimmter Schriftsätze auf elektronischem Wege dem gesetzlichen Schriftformerfordernis unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne eigenhändige Unterschrift genüge getan ist (Beschluss vom 5. April 2000 GmS-OBG 1/98 Buchholz 310 § 81 VwGO Nr. 15); dies gilt aber nur in den Fällen, in denen aus technischen Gründen die Beifügung einer eigenhändigen Unterschrift unmöglich ist und nicht für die durch normale Briefpost übermittelten Schriftsätze, deren Unterzeichnung möglich und zumutbar ist (vgl. BFH, Urteil vom 10. Juli 2002 VII B 6/02 BFH/NV 2002, 1597; Beschluss vom 27. Januar 2003 BVerwG 1 B 92.02 a.a.O.)

Ein Urteil, Beschluss, Haftbefehl oder auch Bußgeldbescheid, der dem Adressaten nicht mit Originalunterschrift vorgelegt wird, ist also auch für die Verwaltung nur ein nichtiger und damit nicht existierender Verwaltungsakt.

Erhält ein Beamter ein Schriftstück, das nicht nach Verwaltungsverfahrensgesetz beglaubigt ist und handelt trotzdem danach, übernimmt er die volle persönliche Verantwortung für die Rechtmäßigkeit seiner Handlung (§ 56 BBG, [Art.65 BayBG] und § 839 BGB) und haftet dafür persönlich und unbeschränkt...“ (Christian Strobel)

Als oberster Dienstherr der Behördenleiter und der Staatsanwälte dürfte die Bundesregierung (eine Firma!?) anzusehen sein, in deren Auftrag die angezeigten Behörden offensichtlich tätig sind.
Daher erstatte ich hiermit Strafanzeige gegen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

Anhand der Ermittlungen, deren Ergebnisse zu veröffentlichen und rechtmäßig zu unterschreiben sind, kann ich dann endlich erkennen, ob es noch einen Staat gibt, oder ob wir von einer Firma regiert werden, die auf internationaler Ebene vorgibt eine Regierung von Gesamt-Deutschland zu sein und in der Bundesrepublik Deutschland vorgibt hoheitliche (staatliche) Aufgaben zu erfüllen, obwohl es diesen „Staat“ (der von Anfang an nur ein „Staatsfragment“ war und nie eine Verfassung hatte) seit 1990 nicht mehr gibt.

**** Definition Grundgesetz: Ein Grundgesetz ist ein besatzungsrechtliches Mittel zur Schaffung von Ruhe und Ordnung in einem durch Kriegshandlung besetzten Gebiet. Gegeben von der Siegermacht (oder den Siegermächten), für das auf Zeit eingesetzte Verwaltungsorgan (BRD).
(Creifeld's Rechtswörterbuch 17. Auflage Verlag C.H.Beck München 2002)**

Die Bundesregierung ist ein „eingesetztes Verwaltungsorgan (BRD)“ der Siegermacht. Die BRD ist demnach kein souveräner Staat sondern ein völkerrechtswidrig besetztes Gebiet.
Bestätigt wird das im Grundgesetz. Nach Artikel 120 trägt der Bund „*die Aufwendungen für Besatzungskosten*“.

Demnach gelten noch heute die Besatzungsrechte, z.B. das Gesetz Nr. 2 (Deutsche Gerichte):

Artikel V - Befähigung der Richter, Staatsanwälte, Notare und Rechtsanwälte

8. Niemand ist befähigt als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt zu amtieren bis er den folgenden Eid leistet:

Eid

„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, daß ich die Gesetze jederzeit zu niemandes Vorteil und zu niemandes Nachteil, mit Gerechtigkeit und Billigkeit gegenüber jedermann, ohne Rücksicht auf Religion, Rasse, Abstammung oder politische Ueberzeugung, anwenden und handhaben werde; daß ich die deutschen Gesetze und alle Rechtsvorschriften der Militärregierung sowohl ihrem Wortlaute als auch ihrem Sinne befolgen werde; und daß ich stets mein Bestes tun werde, um die Gleichheit aller vor dem Gesetze zu wahren. So wahr mir Gott helfe!“
Wer diesen Eid schwört, ist nicht mehr an früher von ihm geleistete Diensteide gebunden.

9. Niemand kann als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt amtieren, falls er nicht seine Zulassung von der Militärregierung erhalten hat.

Wichtig ist der Punkt 9!

Sollten Sie nicht in der Lage sein mir den Staat nachzuweisen für den die Staatsanwaltschaft tätig ist, so erwarte ich die Kopien der Zulassungen von der Militärregierung, dass sie als Staatsanwalt amtieren dürfen von allen Personen, die sich mir gegenüber als Staatsanwälte ausgegeben haben innerhalb von 3 Wochen.

Mit freundl. Gruß

Werner May
Fahrenwalde, den 9.5.2013



Werner May - Im Paradies - 17309 Fahrenwalde
werner(at)paradies-auf-erden.de
www.paradies-auf-erden.de und www.widerstand-ist-recht.de